

2
3
4
5 **Flüchtlingspolitik mit Herz und Verstand**
6
7

8 Die CDU im Ilm-Kreis nimmt betroffen den steigenden Flüchtlingsstrom aus den
9 nahöstlichen und afrikanischen Kriegsgebieten zur Kenntnis. Wir sehen es als humanitäre
10 Pflicht Deutschlands und Europas an, diesen Kriegsflüchtlingen in Zusammenarbeit mit
11 internationalen Partnern Schutz vor Gewalt und Tod zu geben.
12

13 Neben Kriegsflüchtlingen wächst auch die Zahl der politisch, religiös oder anderweitig
14 verfolgten Flüchtlinge aus vielen Teilen der Welt. Wir stehen zum Asylrecht unseres
15 Grundgesetzes und vergessen nicht, dass in Deutschlands dunkler Zeit viele gefährdete
16 Landsleute dieses Recht im Ausland wahrnehmen konnten.
17

18 Wir verkennen auch nicht, dass unser Wohlstand viele Flüchtlinge aus wirtschaftlichen
19 Gründen dazu veranlasst, sich auf den Weg nach Deutschland zu machen. Darunter sind
20 viele sichere Herkunftsländer, die keinen Anlass zur Flucht wegen Krieg und Verfolgung
21 geben.
22

23 Mit Bestürzung haben wir in den letzten Wochen zur Kenntnis nehmen müssen, dass die
24 deutsche und europäische Politik auf das Zusammentreffen dieser drei anschwellenden
25 Flüchtlingsströme unzureichend vorbereitet war. In unserer Gesellschaft reagieren
26 deshalb verschiedene Gruppen sehr unterschiedlich. Undifferenzierte Formen der
27 Willkommenskultur stehen extremistischem Ausländerhass diametral gegenüber. Die
28 CDU im Ilm-Kreis distanziert sich von allen diesen untauglichen Versuchen der
29 Problembewältigung und fordert Politik und Gesellschaft dazu auf, zu einer
30 differenzierten Flüchtlingspolitik mit Herz und Verstand zurückzufinden.
31

32 Wir danken all denen, die in unseren Kommunen alle eintreffenden Flüchtlinge mit dem
33 Notwendigsten versorgen und ihnen Sicherheit geben. Wir erwarten von der im Ilm-Kreis
34 zuständigen Landrätin, dass sie ein Höchstmaß an Gerechtigkeit bei der Verteilung der
35 zugewiesenen Flüchtlinge walten lässt, die Bürgermeister rechtzeitig einbezieht und die
36 Bürger über notwendige Maßnahmen so früh wie möglich informiert.
37

38 Wir fordern die Landesregierung auf, im Interesse der Unterbringung der anerkannten
39 Kriegs- und Asylflüchtlinge alle die Flüchtlinge zurück zu führen, deren Herkunftsländer
40 sicher sind. Dazu zählen auch das Kosovo, Montenegro und Albanien, wie dies in einem
41 Bundesgesetz inzwischen vorgesehen und Teil der Vereinbarung des jüngsten Bund-
42 länder-Flüchtlingsgipfels ist. Thüringen kann sich keine ideologische Rosinenpickerei
43 leisten und nur das zugesagte Geld in Anspruch nehmen, die anstehenden Rückführungen
44 aber nicht konsequent durchsetzen.
45

46 Wir fordern die Bundesregierung auf, die Kontrolle über die Flüchtlingsströme in unser
47 Land wieder herzustellen. Auf rechtlich und gesellschaftlich nicht akzeptable
48 Einladungsgesten aus Bund und Land muss verzichtet werden. Dringend notwendig sind
49 abgestimmte Maßnahmen zur Vereinheitlichung und Beschleunigung der Asylverfahren
50 in der EU. Es ist darauf hinzuwirken, dass Erstaufnahmeeinrichtungen erst bei

51 bestätigtem Asylstatus verlassen werden können. Fehlanreize für unberechtigte
52 Asylanträge sind zu beseitigen. Die grundsätzlich zeitliche Begrenzung des Asylstatus ist
53 öffentlich zu kommunizieren und staatlich durchzusetzen.

54
55 Die Außengrenzen der EU sind so zu kontrollieren, dass der Zustrom neuer Flüchtlinge
56 wesentlich reduziert wird. Im Rahmen der UNO sind herkunftsnahe Flüchtlingslager in
57 Nahost oder Afrika finanziell zu unterstützen und die Ursachen der Fluchtbewegungen zu
58 bekämpfen, so dass in absehbarer Zeit eine Rückführung der Flüchtlinge in ihre Heimat
59 möglich wird. Die Entwicklungshilfe muss sich auf Programme zum Wiederaufbau dieser
60 Krisenregionen konzentrieren.

61
62 Uns fällt zunehmend auf, dass in der öffentlichen Diskussion die Fragen des Asyls in
63 Deutschland mit Fragen der Zuwanderung nach Deutschland vermischt werden. Wir
64 fordern Bundesregierung und Bundestag auf, hier für Klarheit zu sorgen – gegebenenfalls
65 mit einem Einwanderungsgesetz, das die bisher in verschiedenen Dokumenten und
66 Zuständigkeiten verteilten einschlägigen Regelungen und Zuständigkeiten bündelt und
67 transparent macht.

68
69 Uns ist klar, dass unsere Gesellschaft auch nach Umsetzung der genannten
70 Sofortmaßnahmen vor gewaltigen Herausforderungen bei der Integration der im Lande
71 verbleibenden Flüchtlinge oder Zuwanderer steht. Das betrifft nicht nur sprachliche,
72 berufliche oder wohnungsmäßige Aspekte, sondern insbesondere auch kulturelle
73 Unterschiede zwischen Flüchtlingen und unserer Bevölkerung.

74
75 Wir bitten unsere Bürger um die notwendige Geduld und Mithilfe bei diesem Prozess und
76 erwarten von den Medien eine vorurteilsfreie und authentische Berichterstattung. Von
77 den täglich ankommenden Flüchtlingen erwarten wir Akzeptanz der auch in Deutschland
78 inzwischen begrenzten Ressourcen des Flüchtlingsmanagements. Unabhängig von
79 Ethnie, Religion oder Weltanschauung ist das klare Bekenntnis zu unserem Grundgesetz
80 die wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.